Einzelnummer 10 Pf.

137

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark): durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 [illegible] ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 [illegible] Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die [illegible] gespaltene Nonpareillezeile, 25 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 80 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den redaktionellen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 18. Juli 1925 — Nummer 81

Der Beamtenabbau vor dem Reichstage

In der Freitagsitzung des Reichstages stand die Beratung des Änderungsentwurfs zur Personalabbauverordnung auf der Tagesordnung. Um dem Skandal des Beamtenabbaus ein Ende zu machen, **brachte die kommunistische Fraktion folgende Abänderungsanträge ein:**

Der Personalabbau wird in sämtlichen Reichsverwaltungen, bei den Versicherungsträgern, bei den Ländern, Gemeinden, Gemeinde- und Bezirksverbänden eingestellt.

Die auf Grund der Abbauverordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzten und entlassenen unteren und mittleren Beamten, Angestellten und Arbeiter werden unter Mitwirkung der Personalvertretungen auf ihr Verlangen wieder eingestellt. Die Wiedereinstellung wird nicht als Neueinstellung angesehen. Die Zeit von der Entlassung bis zur **Wiedereinstellung wird als Dienstzeit angerechnet.**

Der erste Redner, der völkische Abgeordnete Dr. Frick, hielt eine begeisterte Rede für die alten monarchistischen Beamten, die „unersetzbar" seien, um sich auf der anderen Seite mit frechen Ausdrücken gegen die republikanischen Beamten zu wenden, die er Kreaturen und charakterlose Revolutionsbeamte nannte. Nachdem der demokratische Abgeordnete Schuldt gesprochen hatte, sprach für die Kommunisten **Genosse Rädel.**

Zuerst rechnete er mit dem völkischen Herrn Frick ab, der jetzt bayrischer Oberamtmann, während des Hitlerputsches aber Polizeipräsident von München war. Frick als Polizeipräsident hat in den Zeiten, wo die völkische Mordkamarilla in ganz Deutschland die von der Mordzentrale München eingeleiteten politischen Morde durchführte, nichts zur Ergreifung der völkischen Mörder getan. Und dieser Herr versucht, die monarchistischen Beamten zu verherrlichen. Dem demokratischen Abgeordneten Schuldt antwortete Genosse Rädel, daß die schwarz-rot-gelben Parteien kein Recht haben, diesen Beamten vorzuwerfen, sie äßen das Brot der Republik. Denn diese Parteien haben nichts getan, um ihre Republik von den monarchistischen Beamten zu säubern.

Das Beamtenabbaugesetz, das durch das Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, gehört mit zu den Rechtsverbrechen, die heute täglich in dieser Republik durchgeführt werden. Wenn es um Geldsackinteressen geht, so wird das bürgerliche Recht von den kapitalistischen Parteien immer mit Füßen getreten. Das haben wir dieser Tage beim Aufwertungsgesetz erlebt und das trifft auch auf die Beamtenverordnung, die verbriefte Rechte der Beamten abschaffte, zu. Das Gejammer der Demokraten und Sozialdemokraten über den Abbau ist Demagogie. Was hilft das Gerede der Demokraten von einem fürchterlichen Drama. Jawohl, wir stehen am Schlusse eines Dramas größten Ausmaßes, dessen Opfer die Beamten sind; aber was wird für diese Opfer getan? Man ist noch über das Abbaugesetz hinausgegangen. Bis zum 1. April 1924 waren 10 Prozent mehr Beamte wie vorgeschrieben abgebaut. Hier helfen keine Verbesserungsvorschläge. Wir fordern, daß man den Beamten das Recht wiedergibt, was man ihnen gestohlen hat. Die Regierungsvorlage, die nach dem ersten Artikel der Vorlage den Beamtenabbau aufheben will, läßt dafür nur die Beamten des Reiches in Frage kommen, während der Abbau bei den Ländern, Gemeinden, Gemeinde- und Bezirksverbänden seinen Fortgang nehmen wird.

Der **Abbau wurde besonders gegen die oppositionellen Beamten durchgeführt, die sich für die Interessen ihrer Kollegen** einsetzten. **Beamte, die 20 und mehr Jahre im Dienst waren, wurden plötzlich für untauglich erklärt, um sie loszuwerden.**

Ebenfalls ist die **Zahl der politischen Maßregelungen** außerordentlich groß. **Genosse Rädel** bringt hierfür Beispiele vor. **Bis zum 1. Oktober 1923 hatten wir in Deutschland insgesamt 1,8 Millionen Beamte, bis zum 1. April 1924 waren rund 400 000 Personen, das sind ca. 25 Prozent, abgebaut. Die Wirkung dieses Abbaues zeigt sich am deutlichsten bei der Eisenbahn, wo sich ein Eisenbahnunglück dem andern anschließt. Das sind die Folgen dieses Abbaues.** Und dann werden diese Lokomotivführer, Weichensteller oder Bahnwärter noch vor ein Gericht gestellt, aber es wird nicht festgestellt, daß die Ursachen der **Eisenbahnunfälle in den Ueberanstrengungen des Dienstes zu suchen sind.** (Lachen rechts.)

Der Artikel 14 des Gesetzes, der eine Ausnahmebestimmung gegen die weiblichen Beamten ist, soll aufrecht erhalten bleiben. Man will den weiblichen Beamtinnen nicht die ihnen zustehenden Rechte geben. **Wir fordern für die beamtete Frau, daß sie in der Frage der Arbeitsrechte ihren männlichen Kollegen gleichgestellt wird.** Der Zustand, daß eine verheiratete Frau keine Pensionsansprüche hat, muß beseitigt werden.

Wir glauben, daß auch die Beamten auf Grund des Massenabbaues erkennen werden, daß die bürgerlichen Parteien ihre Feinde sind, wie dieses die Inflationsopfer in diesen Tagen mit aller Deutlichkeit zu fühlen bekommen haben. Die Kommunistische Partei ist eine Klassenpartei, die rücksichtslos die Interessen der werktätigen Massen vertritt. Die Beamten und Angestellten müssen erkennen, daß die bürgerlichen Klassenparteien der Besitzenden, der Ausbeuter sind. Sie müssen den Weg zur Klassenpartei der Werktätigen, der KPD. finden. (Beifall bei den Kommunisten.)

In der Einzelberatung spricht Genossin Arendsee gegen die Ausnahmebestimmungen gegen die weiblichen Beamten. Durch die Ausnahmebestimmungen wird die bestehende Verfassung offen verletzt, was erneut zeigt, **daß sie nur ein Stück Papier ist** und daß die Machtverhältnisse allein maßgebend sind. Die Reichsverfassung hat ausdrücklich alle Ausnahmebestimmungen gegen die Frauen aufgehoben. Genossin Arendsee bringt dann Beispiele von Maßregelung von Frauen aus politischen Gründen und erklärt, man solle ehrlich sein und die Verfassung dahin ändern: **Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich mit Ausnahme der Kommunisten und Frauen.**

In der Abstimmung werden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Ein Antrag, die Vorlage auch auf die Länder und Gemeinden zu erstrecken, wird von den Regierungsparteien abgelehnt. Ein Antrag, der die Abfindungssumme für die ausscheidenden Beamten erhöht, wird angenommen. Ueber den Antrag, die Ausnahmebestimmungen gegen die weiblichen Beamten aufzuheben, wird namentlich abgestimmt. **Der Antrag wird mit 180 gegen 179 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Völkische und sämtliche weibliche Abgeordnete.**

Dann wird die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zur Kinderarbeit bei Filmaufnahmen vorgenommen. Der Antrag wird von der Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt.

Die dritte Lesung wurde auf Antrag der Regierungsparteien ausgesetzt. Der Regierungsvertreter erklärt, daß die beschlossene Streichung des Frauenparagraphen die Regierung vor eine neue Situation gestellt habe. Sie müsse sich ihre Stellungnahme vorbehalten und werde kaum in der Frage der Abfindungssumme Entgegenkommen zeigen können.

Der Metallarbeiterkampf soll abgewürgt werden

Nachdem der Sozialdemokrat Haack als sächsischer Landesschlichter im Interesse der Metallindustriellen den Schiedsspruch für die Metallindustrie für verbindlich erklärt hat und damit dem Metallarbeiterverband die Möglichkeit der Unterstützung des ausgebrochenen Kampfes genommen wird, sollen nunmehr die Metallarbeiter zu den im Schiedsspruch vorgesehenen Löhnen die Arbeit wieder aufnehmen. Wie uns mitgeteilt wird, schreckt der Metallarbeiterverband vor einer Fortführung des Kampfes wegen der sich ergebenden Konsequenzen zurück. In den Kreisen der Metallarbeiter herrscht ungeheure Erbitterung. Nachdem sie nunmehr eine Woche im Kampfe gestanden haben, sollen sie bedingungslos und ohne Erfolg die Arbeit wieder aufnehmen. Die ungeheure Erregung, die in den Kreisen der Metallarbeiter herrscht, kam heute besonders stark zum Ausdruck in einer Streikversammlung der Belegschaft der Universelle. Von der Opposition im Metallarbeiterverband wird gefordert Fortführung und Verbreiterung des Kampfes auf der ganzen Linie. Am Sonntag früh werden die Vertrauensmänner des DMV. in der Generalversammlung in der „Reichskrone", Bischofsweg, zur Lage Stellung nehmen. Die Mehrzahl der Tarifkommission, die sich in der Hauptsache aus SPD.-Funktionären zusammensetzt, empfiehlt den Abbruch der Bewegung, da eine Möglichkeit zur Fortführung des Streikes nicht gegeben sei und die Arbeitgeber den Metallarbeiterverband bei Fortführung und Unterstützung des Kampfes schadenersatzpflichtig machen würden. Die Reformisten sind mit ihrer Streikstrategie am Ende ihres Lateins. Die Metallarbeiter müssen sofort in allen Betrieben und Streikversammlungen zu diesem schändlichen Plan Stellung nehmen.

Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den ehemaligen Bezirksleiter des DMV. und jetzigen Geheimrat Haack wird der Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie die Schlichtungsordnung jeden Kampf der Arbeiter zerschlägt und zunichte macht. Das ist die Schuld der Sozialdemokraten, die sich heute bei jedem Kampfe der Arbeiter auswirkt. Das sind nicht zuletzt die Folgen der jämmerlichen arbeiterfeindlichen Koalitionspolitik in Sachsen. Für die Arbeiter gibt es nur eine Möglichkeit, sich entweder zu unterwerfen, den Schiedsspruch und seine Verbindlichkeitserklärung anzuerkennen, oder darüber hinaus in gewaltigen Massenkämpfen auf breitester Front den Kampf gegen Lohnabbau, Steuerraub und weitere Versklavung der Arbeiter aufzunehmen. Die Reformisten sind nicht gewillt, ernsthafte Kämpfe der Arbeiter zu führen. Der Massendruck der Arbeiter muß sie dazu zwingen. Für die Metallarbeiter muß dieser neue Anschlag gegen ihre Lebensinteressen zum Ansporn werden, die Reihen der Gewerkschaften zu verstärken und sie wieder zu den Klassenkampforganisationen des Proletariats zu machen. Die Verbitterung und Verärgerung, die in breiten Kreisen der Metallarbeiter über diesen neuen Schandspruch und dessen Verbindlichkeitserklärung durch den heute noch der Sozialdemokratie angehörenden Ministerialrat Dr. Haack sich bemerkbar macht, darf unter keinen Umständen dazu führen, daß die Metallarbeiter ihre Organisation verlassen. Sie müssen im Gegenteil dafür sorgen, daß der letzte Arbeiter der Organisation beitritt und die Reihen der Metallarbeiter gefestigt werden. Nur so wird es möglich sein, den Verrat an den Interessen der Arbeiter zu verhindern und die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren.

10000 Millionen

Was das Proletariat an Steuern aufbringen muß

Von Th. Neubauer,
Mitglied des Steuerausschusses des Reichstages.

Im Steuerjahr 1924/25 haben die Steuerlasten in Reich, Ländern und Gemeinden eine Höhe von **10 074 Millionen Reichsmark erreicht;** davon betrugen die Reichssteuern 7311 Millionen, die Steuern in den Ländern und Gemeinden 2763 Millionen. Das sind bei der heutigen festen Währung geradezu ungeheuerliche Zahlen. Aber nach dem Voranschlag der Regierung und nach den Steuergesetzen der Luther-Schlieben-Regierung sollen auch im laufenden Steuerjahr die 10 Milliarden Steueraufkommen **mindestens erreicht werden.** Man muß, ohne Uebertreibung, schon sagen, daß mit dieser Summe die steuerliche Ausplünderung des deutschen Volkes **eine nie dagewesene Höhe erreicht hat.**

Die Arbeiterfrau, die mit dem elenden Lohn ihres Mannes nicht einmal das allernotwendigste an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen ihres Haushaltes erstehen kann, der kleine Beamte, der mit seinem kärglichen Gehalt nicht weiß, wie er die 4½ Wochen des Monats auskommen soll, der Angestellte mit seiner schmählichen Bezahlung, sie alle müssen wissen, daß ihre Not darum so groß ist, weil die Steuerlawine 10 Milliarden schwer auf dem arbeitenden Volke lastet!

Die Lohnsteuer, dies Ausnahmegesetz gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger, wird trotz aller papiernen Rechenkunststücke des Reichsfinanzministeriums die 1300 Millionen wieder erreichen, die sie im vergangenen Jahre erbracht hat. **Die Umsatzsteuer wird trotz der (sehr geringen) Senkung des Tarifs bei der allgemein steigenden Preislage wieder ihre 2 Milliarden aus den Massen herauspumpen. Die Biersteuer ist um 45 Prozent erhöht, die Zigarettensteuer auf 50 Prozent hinaufgetrieben; die Zuckersteuer ist auf 45/50 Prozent „stabilisiert"; die Hauszinssteuer ist um 500 Millionen gesteigert; und alle übrigen Lasten sind geblieben!**

Erlassen hat man nur „Besitzsteuern". Aber dieser Erlaß kommt ja nur dem Kapital zugute. **Genau so die Ermäßigungen** bei den Tarifen der Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. **Auf solche Weise werden den Kapitalisten** verschiedene hundert Millionen geschenkt. **Aber die Ausbeutung** der Massen, durch die auf dem Wege der Lohnsenkung, der Arbeitszeitverlängerung und der Preisgestaltung bisher die „Besitzsteuern" wieder aus dem werktätigen Volke herausgepreßt wurden, wird sich auch nicht im geringsten mindern.

Im Gegenteil! **Die 2000 Millionen, die durch den Zollwucher aus den proletarischen Massen herausgepreßt werden sollen, dies Milliardengeschenk für die Kapitalisten bedeutet eine neue Mehrbelastung des Proletariats, Verschärfung des Hungers, Steigerung des Elends.** Und schon geht das Kapital auf breitester Front zu neuen Angriffen vor: **Abbau der Löhne, Verlängerung der Fronarbeit, Steigerung des Hetz- und Mordsystems.**

Man darf ja überhaupt nicht den Steuerraub für sich allein betrachten. **Er ist doch nur ein Teil des kapitalistischen Apparats zur Auslaugung und Unterdrückung der Massen. Darum ist es völlig sinnlos, im kapitalistischen Staate von „gerechten" Steuern zu reden, wie es die SPD. tut.** Nach Meinung der Sozialdemokraten sind die Steuergesetze in England, das Verhältnis von Besitzsteuern und Massensteuern **„gerechter" als in** Deutschland; an ihrer „Gerechtigkeit" begeistert sich jeder SPD.-Redner. — **Das System der Massenausplünderung ist dort nur ein anderes als in Deutschland; die Tatsache der Ausplünderung aber ist dieselbe.** Das empfinden die britischen Arbeiter um so mehr, je rascher die kolonialen Extraprofite ihrer Bourgeoisie zusammenschrumpfen. **Deshalb gewinnt die radikale antikapitalistische Strömung immer mehr Einfluß und drängt die kleinbürgerlichen „Heroen" von gestern, die Macdonald, Thomas, Henderson, Snowden, zurück.**

Die ehemals antikapitalistische Sozialdemokratie Deutschlands ist durch Krieg und Revolution zu einem staatserhaltenden Faktor des deutschen Kapitalismus geworden.

Sie kämpft nicht mehr gegen die Ausplünderung und Ausbeutung der Massen, sondern schwatzt dummes Zeug über „gerechte Verteilung der Lasten", genau so, wie es das Zentrum macht, dessen bürgerlicher Charakter nie umstritten war. **Von der SPD. also hat die deutsche Arbeiterschaft nichts mehr zu hoffen, aber alles zu fürchten, was an Verrat der proletarischen Interessen denkbar ist.**

Bleiben noch die großen proletarischen Massenorganisationen, die **Gewerkschaften und Genossenschaften. Haben diese Organisationen nicht die Pflicht, ihre Massen vor weiterer Verelendung zu schützen?**

Steuerraub bedeutet Kürzung des Lohnes: Kann das den Gewerkschaften gleichgültig sein? Zollwucher bedeutet Massenhunger: müssen dagegen nicht Gewerkschaften wie Genossenschaften aufmarschieren?

Nehmt jede Steuer, welche ihr wollt: sie ist eine Schmach! Der Raub vom Arbeitslohn, die Kopfsteuer mit ihrem Lawinencharakter, die Hauszinssteuer, der Schrecken aller Mieter: muß man nicht mit allen Mitteln dagegen kämpfen? — [illegible] Bebel und den alten [illegible] hat die SPD. [illegible] Kampf gegen solche steuerliche Ausplünderung [illegible] konnte sich dabei auf die freien Gewerkschaften stützen. [illegible] die Wels, Crispien, Wissel und Scheidemann ist der [illegible]